

Bundesamt für Verkehr
Abteilung Politik
3003 Bern

Bern, 07.07.2011

Vernehmlassung Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur: Stellungnahme von transfair

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Leuthard
Sehr geehrter Herr Direktor Füglistaler

Wir danken Ihnen für die uns gewährte Möglichkeit zur Stellungnahme zur Vernehmlassung Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI).

Der Personalverband transfair unterstützt den Entwurf des Bundesrates grundsätzlich. Für die mittel- und langfristige Sicherstellung eines gleichbleibend hochstehenden Service Public im Bereich des öffentlichen Verkehrs ist es unerlässlich, dass die vom Bund und der SBB ausgewiesene Finanzierungslücke über eine Milliarde Franken jährlich nachhaltig geschlossen wird. Denn das schweizerische Schienennetz verbindet nicht nur Städte und Dörfer, es ist das Netz, welches die unterschiedlichsten Regionen der Schweiz zusammenhält, deren wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung ermöglicht und über das die Anknüpfung der Schweiz an Europa sichergestellt wird. Eine ausreichende Ausfinanzierung von Unterhalt, Erneuerung und Ausbau des Schienennetzes ist deshalb eine nicht hoch genug einschätzbare Grundvoraussetzung für das Erfolgsmodell Schweiz und sichert nachhaltig Arbeitsplätze.

Als vorausgehende Bemerkungen erlauben wir uns auf zwei Punkte unserer Antworten bereits hier hinzuweisen.

1. Der Vorschlag des Bundesrates will den Mehrbedarf an finanziellen Mitteln über eine höhere Kostenbeteiligung der Nutzer, über eine Pauschalisierung der Fahrkostenabzüge bei der direkten Bundessteuer sowie über einen Beitrag der Kantone decken. Neben unsere, im Rahmen der Beantwortung des Fragenkatalogs, näher erläuterten Vorbehalten zu einzelnen dieser Finanzierungsvorschläge ist aus unserer Sicht auch eine stärkere Beteiligung des Bundes notwendig. Dieser Bundesbeitrag könnte über einen Verzicht auf eine Rückzahlung der Bevorschussung des FinöV-Fonds zustande kommen. Auf diesem Weg würden dem BIF

jährliche Ausgaben von 360 Millionen Franken entfallen, die somit für den eigentlichen Zweck des Fonds zur Verfügung stehen würden.

2. Die so eingesparten finanziellen Mittel könnten eingesetzt werden, um mehr als die geplanten Infrastrukturmassnahmen des ersten Ausbauschnittes über 3.5 Milliarden Franken bis 2025 umzusetzen. Die Realisierung mindestens einer der beiden im Bericht zur Vernehmlassungsvorlage genannten Varianten (Variante 1 mit Schwerpunkt Chestenbergstunnel und Variante 2 mit Schwerpunkt Förderung der Agglomeration) wäre damit möglich. Beide Varianten sind für die Weiterentwicklung des Schienennetzes von überaus grosser Bedeutung, deren Realisierung muss deshalb vorangetrieben werden.

Die detaillierten Antworten zum Fragenkatalog entnehmen Sie bitte dem beigelegten Dokument. Wir danken Ihnen für die wohlwollende Kenntnisnahme und Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

transfair – Der Personalverband

Chiara Simoneschi-Cortesi
Präsidentin

Hanspeter Hofer
Branchenleiter öffentlicher Verkehr